

Glanz und Elend der deutschen Geschichte Schlüsselereignisse von 1989 bis 2017 Band 10

Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

Band 10/126

Die Neue Weltordnung des US-Imperiums, Teil 2

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) berichtete im Jahre 1996 in seinem Buch "Der Moloch ..." über die Machtpolitik des US-Imperiums (x068/170-228): >>>Der große Kriegsgewinnler (1914/18)

... ein Boom von ungewöhnlichen Ausmaßen

... Noch unmittelbar vor Kriegsbeginn stecken die USA in einer wirtschaftlichen Rezession, die in eine größere Krise auszuarten droht. Ein Streik von 150.000 Textilarbeitern in New York City im Januar 1913 dauert Monate und greift nach Boston über. ... Im September desselben Jahres beginnen auch Bergleute in Colorado einen Arbeitskampf, der 16 Monate anhält

...

Alle bedrohlichen, seit der industriellen Revolution ohnedies stets wiederkehrenden Schwierigkeiten aber löst der große europäische Krieg. Zunächst zwar bestürzt die US-Exporteure der mögliche Verlust ihrer Überseemärkte. Doch rasch beruhigen, ja berauschen sie die Einkäufe der Europäer, die kaum glaubhaft in die Höhe schnellen.

Das große Blutvergießen beschert den Yankees einen ungeahnten monetären Aufschwung, Aufträge über Aufträge, ein gigantisches Geschäft, zumal sie nahezu ihr gesamtes ökonomisches Potential für den Krieg mobilisieren und der Arbeiter nun fest zum Fabrikanten steht, im Schweiß seines Angesichtes dessen Konten füllt, ja die "unions" jetzt sogar, gegen Anerkennung des Achtstundentages, auf das Streikrecht verzichten.

Während sich die Europäer zerfleischen, reibt man sich in den USA die Hände über den buchstäblich ungeheuren Nachfrageschub, wobei zuerst die Metall-, dann die chemische Industrie (anstelle der deutschen) profitieren. Und da der Krieg immer mehr mechanisiert, industrialisiert wird, da man 1918 auch die Feindaufklärung und Feindverfolgung mit Flugzeugen und Tanks betreibt statt, wie bisher mit Pferden, mit Kavallerie, steigt der Bedarf an Material aller Art enorm. Ja, die USA sind derart dem großen Kriegsgewinn ergeben, daß ihr schließlicher Eintritt in das Gemetzel weder militärisch noch technisch recht vorbereitet ist. Und dann werden sie mit Aufträgen ihrer eigenen Streitmacht zusätzlich überschwemmt.

Die Zahl der Werften beispielsweise steigt allein in den beiden letzten Kriegsjahren von 61 auf 314 ... US-Reedereien, die im Ersten Weltkrieg für ihre Regierung produzierten, machten 90 % Gewinn.

Nun erzeugten die USA aber nicht nur Kriegsausrüstung, lieferten sie nicht nur Waffen nach Europa, sondern auch Nahrung. Wer schießen, wer erschießen, wer sogar erschossen werden soll, muß erst satt gemacht werden. So gingen von 1914 bis 1924 nicht weniger als 8,42 Millionen Tonnen Nahrungsmittel nach Frankreich, und zwar 1918 doppelt soviel wie 1914, und dies trotz schlechter Ernte. Der Getreidepreis verdreifachte sich in den ersten 5 Jahren, der

Baumwollpreis vervierfachte sich.

Der Exportüberschuß verdoppelte sich von Kriegsjahr zu Kriegsjahr und erreichte 1917 (über den Import) 3,5 Milliarden Dollar. Und da die alliierten Gold- und Devisenreserven gefährlich schrumpften, da Briten und Franzosen, obwohl sie ihre vielen US-Wertpapiere so schnell wie möglich verkauften, ... um Bargeld zu haben, da eben dies Bargeld trotz allem ausging, mußten sie Schulden machen, gaben ihnen amerikanische Banken Kredite zur Finanzierung der Kriegsaufträge – bis zum Frühjahr 1917 bereits 2,3 Milliarden Dollar. ... Natürlich waren gerade diese (New Yorker) Banken 1917 an einem Sieg der Alliierten äußerst interessiert.

Nun vergrößerten aber nicht nur die Lieferungen an Waffen, Ausrüstung, Nahrung für die Entente den Reichtum der USA, auch die neutralen Länder tätigten ihre Einkäufe bei den Vereinigten Staaten. Insbesondere kamen noch jene früher vorwiegend von deutschen und britischen Firmen belieferten Exportmärkte hinzu, die während des Krieges durch den Ausfall der europäischen Mächte den USA zufielen. ...

Die Gesamtproduktion der USA wächst so während des Ersten Weltkrieges um 15 Prozent, der Export steigt um das Dreifache, der Exportüberschuß um das Achtfache. ...

Zwischen 1900 und 1920 verzehnfacht sich beinahe – vor allem infolge des Ersten Weltkrieges – das Budget der US-Regierung. ... Das "Volkseinkommen" wächst in diesem Zeitraum von 28 auf mehr als 61 Milliarden Dollar, es schnell allein in den Jahren, in denen Europa sich zu Tode windet, auf fast das Doppelte – "ein Boom von ungewöhnlichen Ausmaßen" (William H. McNeill).

Die Samtpfötchen des Woodrow Wilson

Es ist begreiflich, daß zunächst kaum jemand in Amerika den Kriegseintritt zu wünschen schien, nicht einmal das Big Business und die Regierung. Was sie interessierte, war das verlockende Geschäft, das Geschäft mit dem Tod. Um so verlockender, als es nicht sie selber, sondern Europa schwächte, nicht das amerikanische, sondern das europäische Kapital (und einiges darüber hinaus).

Bereits eine Woche nach Kriegsausbruch erklären die USA ihre Neutralität, und zwar am 4. August im Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien sowie zwischen Deutschland einerseits, Rußland und Frankreich andererseits; und am 5. August zwischen Deutschland und Großbritannien. Ja, Präsident Wilson, den der Ausbruch des Krieges unter den blutrünstigen Europäern natürlich entsetzt ("Unglaublich!", ruft der Pazifist im trauten Familienkreis. "Das ist unglaublich"), bietet sich - kein Risiko damals, keine Gefährdung des Krieges - als Friedensvermittler an und fordert seine Landsleute auf, unparteiisch zu sein, "in Gedanken wie in Taten".

Woodrow Wilson (1856-1918) hieß eigentlich Thomas. Da er aber abergläubisch war - ein Glaube, den er sogar mit Großen der Geschichte teilt - und dreizehn für seine Glückszahl hielt, nannte er sich Woodrow (Wilson), weil dies dreizehn Buchstaben ergab.

Woodrow Wilson, der Dreizehnbuchstabile, erst Professor der Geschichte und Staatswissenschaften, Präsident der Universität Princeton, dann 1909 zum Gouverneur von New Jersey gewählt, entstammte durch den Vater wie die Mutter dem presbyterianischen Pfarrhaus. Er war vom neuenglischen Puritanismus geprägt, verkörperte auch "mehr den geistigen Typ des Kirchenmannes als den des Staatsmannes" (Hans von Hentig), war mit den Ideen von "God's own country" groß geworden, mit der Vorstellung vom "American way of life", von "manifest destiny", "holy experiment" etc. Er bildete sich ein oder ließ es die Welt wenigstens glauben, daß sie am amerikanischen Wesen genesen müsse. Schon 1901 hatte er im Hinblick vor allem auf Asien geschrieben: "Der Osten muß geöffnet und umgeformt werden, ob wir wollen oder nicht: die Normen des Westens sind ihm aufzuerlegen."

Aber da Wilson ein heller, wendiger Kopf war, doch gewiß auch ein schwankender, ein Mann,

von dem Lloyd George (dem man freilich selbst "a fluid State of his judgments" attestierte) meinte: "He was not only a mixture, but he was badly mixed", kurz, da Wilson eine reichlich schillernde Rolle spielte, konnte er auch die Welt, besonders die europäische (für die er sie vor allem prägte), durch die hehrsten Grundsätze beschämen.

Bereits wenige Tage nach seinem Einzug ins Weiße Haus verurteilt er die Dollar-Diplomatie seines Vorgängers, setzt das imperialistische Abenteuer aber fort, wobei, jetzt wie später, der demokratische "Idealismus" stets dem ökonomischen "Realismus" zum Opfer fällt - was Wilson kaum gern zugegeben hätte. Kann er, der sich für einen "Radikalen" mit konservativen Zügen hielt, der sein Land von der Wurzel her reformieren und die Welt auf den Weg der Tugend führen wollte, der einen neuen Geist der Politik propagierte, eine Außenpolitik nicht des Egoismus, sondern der Gerechtigkeit, der göttlichen Mission, der seine wichtigsten Wahlreden unter dem Titel "The New Freedom" publizierte, kann Wilson im März 1913 doch geradezu erklären, die USA hätten "in Mittel- oder Südamerika nichts zu suchen".

Ja, im Oktober dieses Jahres verkündet er: "Die Vereinigten Staaten werden nie wieder versuchen, durch Eroberung ihrem Land einen einzigen Quadratmeter hinzuzufügen ... Wir werden uns nie von dem Grundsatz entfernen, nach dem es die Moral und nicht die günstige Gelegenheit ist, die uns führen muß, und nie werden wir aus Bequemlichkeit oder Opportunismus Ungerechtigkeit dulden." Ergo: nicht neu rüsten will Wilson, sondern mit seinem Staat der ganzen Welt das eindrucksvolle Exempel eines entschlossenen pazifistischen Idealismus geben.

Da sich der Präsident aber auch der Politik des "watchful waiting" verpflichtet fühlt, da er nicht nur schwungvolle, die Nation begeisternde Reden halten, sondern in Wutanfällen auch die Vasen seiner Freunde zerdeppern kann, agiert und regiert er in vieler Hinsicht nicht anders als sein republikanischer Vorgänger Taft, der beispielsweise noch in seinem letzten Regierungsjahr, am 14. August 1912, zum Schutz der US-Interessen in Nicaragua US-Truppen landen ließ. Und Nachfolger Wilson, der Pazifist, ist gerade ein Jahr im Amt, da beordert er die US-Flotte Richtung Mexiko und läßt am 21. April 1914 durch Matrosen und Marineinfanterie Vera Cruz besetzen, natürlich auch nur zum Schutz amerikanischer Interessen, wobei auf beiden Seiten viel Blut fließt, ja, die USA und Mexiko geraten "an den Rand des Krieges" (Schomaekers).

Und im Mai 1916 befiehlt Wilson amerikanischen Soldaten, in Santo Domingo zu landen, um wieder amerikanische Interessen zu schützen, worauf das Land noch Jahre besetzt bleibt. Und im Februar 1917 läßt Wilson Truppen in Santiago de Cuba einfallen, aus den bekannten Gründen - und hatte doch in Mittel- und Südamerika nichts mehr zu suchen, hatte nur der Moral und nicht der günstigen Gelegenheit folgen wollen ...

Aber die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.

Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. Auch andere Vielvermögende in den Staaten dachten so. Schon 1915 bilden sich deshalb nationale Verteidigungsorganisationen ...

Dazu paßt, daß Wilson zunächst den Banken verbietet, den Alliierten Geld zu leihen, im Herbst 1915 den Bankiers aber mitteilt, er könne Anleihen offiziell zwar nicht billigen, werde aber nichts gegen sie unternehmen – nachdem US-Banken schon seit September über eine 500 Millionen Dollar-Anleihe an England und Frankreich verhandeln.

Dazu paßt, daß Oberst House, Wilsons Graue Eminenz, nach einer Unterredung mit Aristide Briand (Friedensnobelpreis 1926) am 9. Februar 1916 an Präsident Wilson schreibt. Wir einigten uns schließlich dahin, daß sie nicht intervenieren würden, wenn die Alliierten im Früh-

jahr und Sommer nennenswerte Erfolge hätten. Wenn dagegen die Flut des Krieges gegen sie ginge oder sich nicht veränderte, würden sie intervenieren."

Dazu paßt, daß Bryan-Nachfolger Außenminister Lansing um die Jahreswende 1916/17 im Gespräch mit dem französischen Botschafter Jusserand die Alliierten zu einer verschärften Ablehnung des Friedens zu veranlassen sucht.

Dazu paßt, daß bereits damals in der Mitte des Krieges, der US-Handel mit den Mittelmächten gegenüber 1914 auf weniger als ein Drittel gesunken, der mit den Alliierten aber um das Vierfache gestiegen ist, von 800 Millionen auf 3 Milliarden Dollar.

Ganz klar, daß Deutschland sich gegen die enormen amerikanischen Lieferungen an seine Kriegsgegner wehren muß. Es erklärt im Februar 1915 die See um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet und kündigt die Versenkung feindlicher Handelschiffe an. Bald darauf werden amerikanische Reisende durch Deutschland in einer New Yorker Zeitung ausdrücklich vor Fahrten in britischen Gewässern gewarnt.

Die USA verstehen dies als eine Verletzung der Neutralität – aber natürlich nicht ihre Kriegslieferungen an Deutschlands Gegner. Und nachdem bis März 1917 deutsche U-Boote 5 US-Schiffe versenkt haben, betreibt Wilson im Kongreß die Kriegserklärung an Deutschland.

Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volk

... Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volk, sagte Wilson. Wir haben ihm gegenüber keine anderen Gefühle als Sympathie und Freundschaft ... Wir haben keine egoistischen Ziele, keine Eroberungsabsichten oder Herrschaftsansprüche. Wir suchen keine materielle Entschädigung für die Opfer, die wir freiwillig bringen werden. Wir kämpfen nur für die Menschenrechte ...

Es ist furchtbar, dieses große und friedliche Volk in den Krieg führen zu müssen ... Aber das Recht ist wertvoller als der Frieden und wir werden für die Ideale kämpfen, die uns immer am meisten am Herzen gelegen haben ...

Dieser Aufgabe weihen wir unser Leben, unser Glück und alles, was wir sind und was wir haben. Wir sind stolz darauf zu wissen, daß der Tag gekommen ist, an dem Amerika das Vorrrecht hat, sein Blut und seine Kräfte für die Grundsätze hinzugeben, denen es seine Geburt und sein Glück verdankt, für den Frieden, der ihm teuer ist.

Mit Gottes Hilfe kann es nichts anderes tun ...

Alles fand sich hier, um Menschen guten Willens zu begeistern, zu entflammen: reine Selbstlosigkeit, keine Spur von schnödem Egoismus, von Macht, von Geldgier, keine Eroberungs-, keine Herrschaftsgelüste.

Nur Opfer, freiwillige Opfer, versteht sich, lauterste, für die gute, die beste Sache, für die Rechte, die Menschenrechte, die höchsten Ideale, ja, Sympathie gar und Freundschaft für die Feinde.

Und alles mit Gottes Hilfe ...

Gott, wer möchte da nicht mitkämpfen, wer nicht augenblicklich sein Blut verspritzen! Der Kongreß, zu alt zwar, zu kostbar, um selbst zu fechten, konnte leider nur andere (für sich) fechten lassen und jubelte. Ja, Demokraten wie Republikaner applaudierten. ...

Und wirklich – hatte es je eine freundschaftlichere Kriegsbotschaft gegeben? Je edlere Gründe für einen Krieg? Je eine zu tätige größere Tugendübung? Ein menschenfreundlicheres Werk? Es war eine Rede in jenem grandiosen Yankee-Stil, den man da seit den Tagen der Jefferson und Lincoln kultivierte, eine Heuchelei, die in Yankeebrüsten vielleicht gar nicht mehr empfunden wird, so tief schon ist sie eingedrungen durch Mark und Bein ins innerste Gemüt – ein Puritanererbe eben.

Auch Premier Asquith, ein Earl von Oxford und Asquith, vom gleichen Erbe begnadet, erkannte denn sofort im Unterhaus in der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland am 6.

April 1917, ohne wie er betonte, jede Schmeichelei und Übertreibung, "eine der uneigennützigsten Handlungen der Geschichte". Der König und die Königin von England nahmen an einem feierlichen Dankgottesdienst in der Sankt-Pauls-Kathedrale teil.

Und Wilson, der "Friedensengel" wurde zum totalen Krieger, zum Bundesgenossen eines Chauvinisten wie Clemenceau, eines Lloyd George (der Asquith im Dezember 1916 als Ministerpräsident verdrängte), die nun beide die Notwendigkeiten eines totalen Sieges propagierten. Denn Wilson fürchtete eine Weltherrschaft Deutschlands.

Die Welt aber wollten die USA beherrschen. Schließlich hatte dort seit zwei Jahrzehnten eine gewisse Führungsgruppe auf einer expansiven Weltpolitik bestanden, nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen, genauer Schwierigkeiten.

Die USA trieben seinerzeit Deutschland auch immer mehr dazu, seine "autokratische" Regierung zu stürzen. Auch dies sollte es natürlich schwächen. In seiner den Kriegseintritt begründenden Rede sagte Wilson: "Die Bedrohung des Friedens und der Freiheit der Völker liegt in dem Dasein autokratischer Regierungen." Diese könnten Demokratien weder auf Dauer "Treue halten" noch "ihre Gesetze beachten".

Und am 27. August beschimpfte der Präsident gegenüber dem frankophilen Papst Benedikt XV. die deutsche Regierung als "unverantwortliche Regierung", "unbarmherzige Beherrscherin des deutschen Volkes", als "rasende, brutale Macht", mit der keine Friedensverhandlungen möglich seien. Völlig zutreffend nannte dies der französische Botschafter Jusserand "eine direkte und dringliche Einladung an das deutsche Volk, sich seiner Regierung zu entledigen."

Wilson unterschied zeitweise zwischen Regierung und Volk; zwischen dem monarchischen, autokratischen, wilhelminischen Deutschland, dem Deutschland des "preußischen" Militarismus, des Imperialismus, und dem "anderen" Deutschland, zu dem er bevorzugt die Sozialdemokratie zählte. Dann freilich gab er diese Differenzierungen auf und bekämpfte die Deutschen überhaupt, nicht nur ihre Obrigkeiten.

Nun hatte die US-Regierung aber nicht nur Probleme mit dem deutschen Volk, sondern auch mit dem eigenen. Breite Kreise waren durchaus nicht kriegsbegeistert, und zwar nicht nur Deutsch- und Iro-Amerikaner, von Wilson-Vorgänger Roosevelt gehässig "Hyphenate Americans" (Bindestrich-Amerikaner) genannt. Das Volk ist moralisch (besser: unmoralisch) auf den Krieg überhaupt nicht vorbereitet gewesen. Selbst unter den Politikern stimmten noch bei der Kriegserklärung 6 Senatoren und 50 Abgeordnete dagegen.

Kriegshetze und Hexenjagd im Land der Freiheit

Erst mit Hilfe einer großangelegten Propagandakampagne wurden die Massen ideologisch korrumpiert und aufgeputscht. Ein eigens geschaffenes öffentliches Informationskomitee hatte die Aufgabe, sie umzuerziehen.

Schriftsteller und Gelehrte stellten sich in den Dienst der Massenverdummung und Massenverrohung. Nicht weniger als 75.000 "Vier-Minuten-Männer" (nach den "minute men" des Unabhängigkeitskrieges benannt) wurden auf das Volk losgelassen - heute macht das alles die Glotze - und bearbeiteten in 7.500.000 Reden 315.000.000 Zuhörer, spiegelten ihnen noch die grotesksten Greuel ihrer Gegner, auf der eigenen Seite aber einen Kreuzzug für die Demokratie vor, wie der Präsident (make the world safe for democracy) schon in seiner Kriegserklärung.

Man peitschte die Massen in eine regelrechte Kriegspsychose hinein. Es kam zu hysterischen Attacken auf Pazifisten, Nonkonformisten auf alle suspekten "Elemente". Dabei riß die Regierung dieser ach so freien Staaten eine Kontrolle nach der anderen an sich. Sie filzte verdächtige Schriften ebenso wie die Eisenbahnen, Wasserwege, den Expreßdienst (Espionage Act, Railroad Administration). Sie führte höhere Steuern ein, sogar, man staune, eine Besteuerung übermäßiger Gewinne, was immer man darunter verstehen mochte oder wollte, auch eine so-

genannte Luxussteuer (War Revenue Act). Natürlich kontrollierte sie die Auslandspost, den Auslandshandel und beanspruchte auch das Recht, das Eigentum feindlicher Staatsangehöriger zu kassieren. Ja man stellte nicht nur die Unterstützung des Feindes, sondern schon "jede Form der Kritik an den Kriegsanstrengungen" unter schwere Strafen (Trading with the Enemy Act, Sedition Act).

Einzelne Staaten schufen noch spezielle Gesetze für die "Hexenjagd". Doch löste man da und dort auch die Justiz oder sogenannte Justiz gleich durch Selbstjustiz ab - was stets viel Papierkram, viel Bürokratismus erspart und den Staat entlastet: zumal er ja gerade in Kriegszeiten überstrapaziert ist durch Vollstreckung der Gerechtigkeit auch außerhalb seiner Grenzen. Und natürlich heulte, vorsichtig gesagt, auch ein Teil der Geistlichkeit mit den Schakalen. So mancher Gottesmann wollte jeden für unamerikanische Äußerungen kurzerhand aufgehängt sehen. Schon ein deutscher Name genügte nicht selten für die schwersten Verdächtigungen selbst der unbescholtensten Bürger.

Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verurteilungen waren alltäglich, gegen jede Art von Feindunterstützung. "Wehrkraftzersetzung", ging man unnachsichtlich vor, als wäre man in Deutschland und schriebe schon 1939. Eine rigorose Zensur knebelte die Meinungsfreiheit. Sozialistische Blätter, die zur Besonnenheit mahnten, wurden vom Postvertrieb ausgeschlossen und derart systematisch ruiniert. Überall fahndete man nach Spionen, Saboteuren, ein widerliches Schnüffeln begann, wobei man die Bevölkerung ganz bewußt einbezog. Das zwischenmenschliche Klima wurde vollständig vergiftet.

Das Land der Freiheit verprügelte, teerte, federte, man sperrte ein, beschmierte die Häuser Verdächtiger mit gelber Farbe, zwang Unpatriotische kniend die Bundesfahne zu verehren oder hohe Kriegsanleihen zu zeichnen. Man sprach auch nicht mehr von Sauerkraut (ein deutsches Fremdwort im Englischen), sondern von "Liberty cabbage" (Freiheits-Kohl). Und statt "German measles" sagte man "Liberty measles". Ja, der so friedfertige Demokrat Wilson wollte seine Gegner in den USA und außerhalb "zermalmern" und drohte: "Gewalt, Gewalt, bis zum Äußersten, Gewalt ohne Maß und Schranke".

Doch niemand mache den Präsidenten schlechter als er war. Niemand unterstelle ihm mehr Heuchelei als er hatte, mehr Ausreden als er auch sich vermutlich vorzugaukeln verstand. Ging er doch sogar mutig gegen die von ihm selbst heraufbeschworene Kriegshysterie an, tat er "zumindest sein Bestes, um die Kriegsziele auf ein ethisches Niveau zu heben" - oh, wie schön das gleich klingt!

"Den noch zögernden Amerikanern und der Welt gab er Hoffnung", nun worauf wohl? Auf die Zeit "nach dem Kriege" natürlich! Denn es ist immer wichtig, im Krieg auf die Zeit danach, für die man ja Krieg führt, hinzuweisen, nachdrücklich; so wie im Leben etwa schon hinzuweisen auf das Leben danach, weil man doch jenes überhaupt nur für dieses führt: wobei die Nachkriegszeit immerhin kommt, jedenfalls bisher immer gekommen ist ...

Ja, Amerika und der Welt gab der zum Krieg trommelnde Pazifist die Hoffnung, "daß nach dem Kriege eine internationale Völkervereinigung zur Erhaltung des Friedens geschaffen würde" - was ja allein jeden Krieg schon lohnt, wird dadurch etwas für den künftigen Frieden getan, für die Zeit vor dem nächsten Krieg - und auch sie muß wieder überstanden werden ... So wurde durch Wilson sogar "der pazifistische Idealismus für die Kriegsanstrengungen angeworben" (A. Maurois). Respekt, Respekt!

... Tatsache ist: der Krieg wurde durch die USA verlängert, verschärft. (Nie lese ich auf Gedenktafeln ohne vermehrte Trauer, Wehmut, Wut die Namen derer, die es noch gegen Schluß dieses Wahnsinns erwischte.) Und die Kritik, die Klage Kennans, des US-Diplomaten, "daß der erste Weltkrieg nicht im November 1917 beendet wurde, als die Bolschewisten seine Beendigung forderten, daß es "den Alliierten im Herbst 1917 an Staatskunst fehlte", ... daß "sie unfähig waren, die Tragödie und Sinnlosigkeit des Krieges selbst zu erkennen und den Kampf

auf der Grundlage eines Kompromisses aus eigener Kraft zu beenden", dies trifft doch niemanden mehr als die USA und ihren Präsidenten. Denn sie dehnten das Morden noch aus, vergrößerten es.

Die "Zimmermann-Note"

Viele Gründe mögen den Kriegseintritt der USA 1917 mitbestimmt haben, wirtschaftliche vor allem, machtpolitische, die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch Deutschland, Wilsons Vorliebe für die Alliierten - darüber streitet man seit langem.

Eine Rolle - welchen Ausmaßes ist schwer zu sagen - spielte auch die berühmte "Zimmermann-Note". Es war dies ein Telegramm des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen, A. Zimmermann, am 17. Januar 1917 an den deutschen Botschafter in Washington, der es dem deutschen Botschafter in Mexiko weiterleiten sollte.

Sein Wortlaut: "Wir haben die Absicht, am 1. Februar den totalen U-Boot-Krieg zu eröffnen. Trotzdem werden wir versuchen, uns die Neutralität der Vereinigten Staaten zu erhalten. Sollte dies mißlingen, unterbreiten wir Mexiko einen Bündnisvorschlag auf folgender Grundlage: den Krieg zusammen zu führen, den Frieden zusammen zu schließen mit der Vereinbarung, daß Mexiko die verlorenen Gebiete Texas, Neumexiko und Arizona zurückerhalten muß. Die Regelung bleibt Ihnen überlassen.

Sie werden den Präsidenten von Mexiko streng geheim über alles informieren, sowie der Kriegseintritt der USA feststeht, und ihm außerdem nahelegen, von sich aus Japan aufzufordern, seine Zustimmung zu geben, wobei er seine Vermittlung zwischen Japan und uns anbieten soll.

Lenken Sie die Aufmerksamkeit des Präsidenten auf die Tatsache, daß der totale Einsatz unserer U-Boote jetzt die Möglichkeit bietet, England in einigen Monaten zum Frieden zu zwingen. Bestätigen Sie den Empfang."

Unmittelbar nach der deutschen Entscheidung für einen neuerlichen uneingeschränkten U-Bootkrieg und in Erwartung der amerikanischen Kriegserklärung bietet hier das Deutsche Auswärtige Amt Mexiko ein Kriegsbündnis an zur Rückgewinnung der im nordamerikanischen Raubkrieg von 1848 verlorenen Gebiete. Beim Kriegseintritt der USA soll somit ein Großteil ihrer Truppen eine Kriegserklärung Mexikos binden. Mexikos Präsident Carranza versichert dem deutschen Außenminister auch seine warme Sympathie gegenüber Deutschland und verspricht eine verstärkte politische und militärische Kooperation.

Das Zimmermann-Telegramm, das kurioserweise über das Kabel des US-Außenministeriums läuft, ist weniger naiv als manche meinen wollten. Aber es wird durch die britischen Geheimdienste abgefangen und, da diese längst den deutschen Codeschlüssel besitzen, sofort dechiffriert. Am 23. Februar übergibt es der britische Premierminister Balfour ("der dramatischste Augenblick meines ganzen Lebens") dem US-Botschafter in London, Page. Es schlägt wie eine Bombe ein, wird vielfach für eine Fälschung gehalten, gilt auch amerikanischen Senatoren und in Kreisen der New Yorker High-Society als Machenschaft britischer Agenten, bis Zimmermann selbst auf einer Pressekonferenz am 2. März in Berlin erklärt: "Es ist die Wahrheit".

In den USA kommt es nun zu Entrüstungstürmen ohnegleichen. Theodore Roosevelt, der alte Scharfmacher, schreibt an Senator Lodge: "Wenn Wilson nicht ab sofort den Krieg erklärt, werde ich ihn lebendig erwürgen."

Die öffentliche Meinung ist jetzt für den Krieg, den die "Zimmermann-Note" gewiß nicht verursacht, aber mit auslöst.

Das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co.

Eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle für den Kriegseintritt der USA - wovon

man freilich nur sehr selten etwas liest - spielt das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., genauer ein Bankkollektiv unter seinen Leitern Jakob H. Schiff, den (besonders bedeutsamen) Brüdern Paul M. Warburg (gest. 1924) und Felix M. Warburg (gest. 1938), der u.a. an den europäischen Rothschildbanken beteiligt war, den Bankiers Otto H. Kahn, Mortimer Schiff, Jerome H. Hanauer sowie einem Mitglied der Guggenheim-Familie, an deren Spitze der "Kupferkönig" stand.

Das Bankhaus, im späten 19. Jahrhundert von jüdischen Einwanderern aus Deutschland gegründet, war mit seinen führenden Köpfen den (durchschnittlichen) Politikern weit überlegen, teilweise sogar hochgebildet, was besonders für die Warburgs gilt, die auch namhafte Vertreter des geistigen Lebens stellten, den Kunst- und Kulturhistoriker Aby Warburg, den Begründer der Warburg-Bibliothek (erst in Hamburg, seit 1933 in London); den Botaniker Otto Warburg; den Zellphysiker und Nobelpreisträger (1931) Otto Heinrich Warburg.

Die Bankiers des Kapitalkollektivs waren Großspekulanten, vielleicht ein bißchen "bescheidener" sogar als andere, aber sicher auch ein bißchen klüger und glücklicher. Im Schatten der Topfiguren des Metiers machten sie zunächst ihre Manöver, Transaktionen. Im dubiosen, undurchsichtigen Bereich des großen Geldes entwickelten sie Strategien, Spekulationen, verfolgten sie in den diversen Verzweigungen der Hochfinanz zwischen Risiko und Reiz, Verlockung und Gefahr, ihren Vorteil, schnappten die Beute und verschlangen sie.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts rivalisierte Jakob H. Schiff, samt den Harrimans, mittels einer "berühmten" Aktienspekulation auf Eisenbahnen scharf mit dem "Finanzkönig" John Piermont Morgan I. Es wurde ein zwar unentschieden bleibender Fischzug, bei dem nur das breite Publikum verlor, aber Jakob H. Schiff hatte den Star aller Spekulanten beeindruckt. In künftigen Pokerrunden der Spitzenbanker rückten er und sein Kollektiv dem Riesen näher; bis 1917 der entscheidende Coup gelang, die dauernde Verbindung mit Morgan & Co., dem größten Finanzkonzern der Welt, wodurch man selbst einen Giganten wie Rockefeller mit der Standard Oil, die bisher größte globale Vermögensakkumulation, hinter sich ließ.

Trotz seiner gewaltigen Geldmacht war Morgan in der Vorkriegszeit, wie so viele, in zunehmende Schwierigkeiten geraten, in Prestigeverlust, vor allem durch das Fiasko einer Kartellierung diverser Eisenbahnunternehmen, das ungezählte Tausende um ihr Geld gebracht hatte, eine groß angelegte Gaunerei, für die jetzt der Kriegsausbruch in Europa verantwortlich gemacht worden ist. Auch sonst erwies sich das Gemetzel jenseits des Ozeans als großes Glück für den US-Geldhai, der als "offizieller Finanzagent der Alliierten" die Millionen nur so schefelte.

Als aber die vermittelten Kredite bis auf eineinhalb Milliarden geklettert waren und die deutschen Kriegserfolge schwindelnde Summen in Rauch aufzulösen schienen, Morgan auch sonst Kummer hatte, u.a. über den Absatz von Eisenbahnaktien im Wert von 400 Millionen Dollar (schon der hl. Augustinus hatte beredt die von Sorgen gequälten Reichen geschildert - und den Armen die "arbeitsreiche Armut" empfohlen), da mußte Morgan handeln.

Er akzeptierte jetzt die Partnerschaft seines zähen Konkurrenten Kuhn, Loeb & Co., wobei Jakob H. Schiff zur Erreichung seines Zieles die eventuelle Finanzierung Deutschlands bei Wilson ins Spiel gebracht hatte und mit dem Präsidenten umgesprungen war "wie mit einer Figur auf dem Schachbrett". Und den nächsten Zug sozusagen machte dann Schiffs Partner Morgan oder, genauer, der von diesem für ein Jahressalär von 25.000 Dollar gekaufte amerikanische Gesandte in London, Walter Hines Page.

Der bestochene Diplomat schickte seinem Präsidenten am 5. März 1917, einen Monat vor der Kriegserklärung an Deutschland, aus London jene berühmte Depesche, worin er den Kriegseintritt der USA für unerläßlich hielt zur Rettung der Alliierten, des amerikanischen Geldes und der amerikanischen Wirtschaft; andernfalls folge der augenblickliche Zusammenbruch.

Nun verlangten seinerzeit die USA - die ja ohnedies das größte Geschäft, bei weitaus geringsten Verlusten, durch das allgemeine Schlachten machten und gerade dadurch zur Weltmacht aufstiegen (und England entthronten) - für ihre Hilfe noch einen ganz speziellen Preis. Und dieser spezielle Preis, den man von Großbritannien für die amerikanische Kriegsbeteiligung forderte, bestand in der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina. Nach Absprache mit Chaim Weizmann, dem nachmaligen Staatspräsidenten Israels (1948-1952), sicherte der britische Außenminister Earl of Balfour ein "national home" in Palästina zu, wobei freilich alle politischen, rechtlichen, rassischen und religiösen Interessen der dortigen nichtjüdischen Bevölkerung strikt gewahrt werden sollten. Am 2. November 1917 wurde die Balfourdeklaration veröffentlicht.

Hinter diesem ganzen so folgenschweren Projekt aber standen Männer und Mächte, die zu den einflußreichsten Beratern des amerikanischen Präsidenten zählten. Eine so markante Figur etwa im Obersten Gericht wie Louis Dembitz Brandeis. Oder Amerikas früherer Botschafter in der Türkei, Henry A. Morgenthau.

Vor allem aber das Bankhaus Kuhn, Loeb und seine Partner, besonders der Finanzmagnat Bernard M. Baruch, an den zu erinnern auch in anderem Zusammenhang nützlich ist.

Bernard M. Baruch, der Leiter des War Industry Board

Der Wallstreet-Bankier Bernard M. Baruch gehörte zum Kreis der Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. Er war zugleich aber mit dem "Kupferkönig" Guggenheim verbunden, dem Mitglied einer von St. Gallen nach den USA ausgewanderten jüdischen Familie. Und er war ein enger Freund und Berater Präsident Wilsons. Seit Amerikas Kriegseintritt leitete Baruch das Kriegsindustrieamt (War Industry Board) und war damit verantwortlich für alle wirtschaftlichen Leistungen der Kriegsindustrie, natürlich auch für den Kauf von Kriegsmaterial. Er hat von sich selbst gesagt, mehr Macht besessen zu haben als je eine Einzelpersonlichkeit in der Geschichte, und später vor dem Senat bekannt, daß 10 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Sieges über Deutschland durch seine Hand gegangen seien.

Auch durch die Hände einiger, die ihn unterstützten.

Einiger Wirtschaftskapitäne beispielsweise, die stracks ihre Fabriken aufgaben, einstweilen sie ihrem Management überließen, um gleichfalls die Millionen und Milliarden durch ihre Finger gleiten zu lassen; sie zu verteilen für Arbeitskräfte, Aufträge, Dringlichkeitsunterstützungen. Alles aus purem Patriotismus, versteht sich, reinem Pflichtgefühl, edler Selbstlosigkeit, wie denn schon ihre Benennung sagte, "dollar a year men". Arbeiteten sie doch, man denke, für einen einzigen Dollar pro Jahr - und niemals dürfte eine geringere Bezahlung mehr eingebracht haben.

Nun war von kriegsentscheidender Bedeutung neben dem Stahl vor allem das Kupfer - im Zweiten Weltkrieg errechnete man, daß ein einziges Schlachtschiff 1.000 Tonnen Kupfer benötigte. Baruch aber hatte schon vor dem Kriegseintritt der USA ein Syndikat von Kupferproduzenten gebildet, dem drei Guggenheim angehörten, die gleichsam über das Kupferkönigtum der Welt fast allein geboten. Und so kauften die USA während des Ersten Weltkrieges von Kupferlieferanten durch Baruch, den Chef des Kriegsindustrieamtes und Schatzkanzler der Guggenheim, mehr als 660 Millionen Pfund Kupfer; zunächst, gegenüber den Gestehungskosten, für die Verkäufer mit hundert-, dann mit zweihundertprozentigem Gewinn.

Die Stahlerzeugung aber war durch raffinierte Transaktionen größtenteils in den Besitz von Morgan & Co. gelangt und, zumal im Krieg, ebenfalls eine märchenhafte Geldquelle. Es ist klar, daß die US-Finanzgiganten gar kein Interesse an einer raschen Niederlage Deutschlands hatten. Je länger es blutete, desto mehr verdienten sie. In diesem Sinn animierte denn auch Morgans maßgeblicher Mann, Thomas Lamont, die Präsidenten der Wallstreet-Banken, den Krieg zu verlängern.

Eben damit war ihnen aber einer bereits zuvorgekommen: Jakob H. Schiff, dessen Interesse im Besonderen dem deutsch-russischen Konflikt galt.

Die US-Hochfinanz finanziert die Russische Revolution

Das zaristische Reich kollabierte, die revolutionäre Regierung mußte den Krieg verlängern, die rote Armee war zu finanzieren. Jakob H. Schiff, dem Zaren gram wegen der Judenverfolgungen, hatte schon im Russisch-Japanischen Krieg 1905 russische Revolutionäre finanziert und derart zum Sieg der Japaner beigetragen. 1917 aber bezahlte er den bolschewistischen Umsturz, und zwar über Leo Trotzki, der mit der Tochter eines ihm befreundeten Bankiers, Giwotowski, verheiratet war.

Einerseits gelangte derart ein ununterbrochener Geldstrom an die roten Revolutionäre mittels der den Partnern von Kuhn, Loeb & Co. offen stehenden Kredite bei den Rothschildbanken in Paris, London und Petersburg, Lazare Frères, Speyer & Co. und Ginzburg & Co. Andererseits war ja auch die deutsche Heeresleitung zur Unterstützung der russischen Revolution bereit.

Die amerikanischen Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co., Felix M. Warburg und Paul M. Warburg, schalteten also ihren in Deutschland lebenden Bruder Max M. Warburg ein. (Er war eng befreundet mit dem deutschen Großindustriellen, dem 1922 ermordeten Reichsminister Walther Rathenau, der ab 1914 die Rohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium leitete und als Verwaltungsratsmitglied in weit über hundert Firmen saß.) Max M. Warburg widmete sich fast nur europäischen Unternehmen und gab über seine Bank das deutsche Geld ins neutrale Schweden, an die Nye-Banken in Stockholm, deren Leiter Oscar Ahlström es den Bolschewisten transferierte.

Man wird in Erinnerung behalten müssen, daß die Finanzierung des Umsturzes in Rußland und der roten Armee durch die US-Hochfinanz geschah, ja, daß sie auch dort - über Max M. Warburg - ihre Finger im Spiel hatte, wo der deutsche Goldstrom zum Fließen kam, nämlich das Geld des Rheinisch-Westfälischen Syndikats, einer nahezu singulären Industriekonzentration, auf die Max M. Warburg größeren Einfluß hatte als seine Rivalen Thyssen, Stinnes oder Hugenberg.

Trotzkis Position an der Seite Lenins wurde durch seine kapitalistischen Verbindungen beträchtlich verstärkt, von Stalin später aber unter vielem anderen zu seiner Diffamierung und Verfemung benutzt. Doch ist nicht sicher erwiesen, daß Trotzki in Mexiko einem Anschlag der russischen Seite erlag.

Er hatte zuletzt seinen Stalin-Attacken auch Hinweise auf die Wallstreet beigefügt; zum Beispiel erklärt, "daß die kommunistische Internationale geradezu als konservatives Unternehmen bezeichnet werden müsse, wenn ihr vergleichsweise die Börse von New York gegenübergestellt werde".

Als Jakob H. Schiff jedenfalls seine Verdienste am bolschewistischen Umsturz herausstrich, verfiel er zeitweise so etwas wie dem Boykott der US-Gesellschaft, und sein Schwager Paul M. Warburg mußte sich von ihm distanzieren. ...

Erst die USA zwangen Deutschland 1918 zu Boden

In den ersten fünf Wochen des Krieges schien es, als sei der Sieg Deutschlands fast sicher. Der Schlieffenplan - nach der durch Nachfolger Moltke veränderten Vernichtungsstrategie des preußischen Generalfeldmarschalls praktiziert - lief ab wie auf dem Papier. Und in den letzten zwei Kriegsjahren wurde das deutsche Heer durch Materialmangel nie ernsthaft behindert. Ja, die Pulverproduktion, die zunächst seine Schlagkraft beeinträchtigt hatte, erklomm im Oktober 1918 den Höchststand.

Bei den Westmächten aber folgt im vorletzten Jahr des Krieges ein Mißerfolg und Rückschlag dem anderen. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg Deutschlands - am 31. Januar 1917 (den

USA) angekündigt, am 1. Februar begonnen - kulminierte bald. Die deutschen U-Boote schickten Schiff um Schiff auf den Meeresgrund, monatlich 500.000 bis 600.000 Tonnen, von Februar bis September 1917 beinahe 4,7 Millionen Tonnen, im ganzen Jahr 1917 rund 6.500.000 Tonnen, während die Alliierten nur 2.700.000 bauten.

"Sie werden gewinnen", sagte der britische Admiral Sir John Jellicoe zu US-Admiral Sims, "wenn wir unsere Verluste nicht aufhalten können - und zwar sehr schnell". Die Lebensmittelversorgung wird prekär: England hat im April 1917 Vorräte für nur noch zwei Monate.

Die französischen Offensiven scheitern, Meutereien beginnen. Die britische Somme-Offensive bricht zusammen.

Wichtige Verbündete scheiden mehr oder weniger aus. Rußland ist am Ende und kapituliert (wenn auch die faktische Beendigung des Kampfes für die Mittelmächte zu spät kommt, weil die USA eben schon in den Krieg eingetreten waren). Die im Süden angreifenden Italiener erleiden im Oktober 1917 eine katastrophale Niederlage, die Mittelmächte durchstoßen die Isonzofront. Italien, Frankreich und England bitten um sofortige militärische Hilfe, und Wilson erklärt prompt auch Österreich-Ungarn den Krieg, da die Donaumonarchie "augenblicklich nicht ihr eigener Herr sei, sondern Vasall der deutschen Regierung".

Gewiß waren die Kräfteverhältnisse auch ohne Amerikas Eingreifen zugunsten der Entente, war sie an Menschen und Material überlegen. Im Herbst 1916 treffen auf 7.345.000 Soldaten der Mittelmächte 14.308.000 der Entente, auf 20.042 Maschinengewehre der Mittelmächte 76.276 der Entente, auf 1.200 Flugzeuge der Mittelmächte 3.163 der Entente. Aber der britische Marschall Douglas Earl of Haig betonte mit Recht am 25. Oktober 1918 gegenüber Marschall Foch: "Germany is not broken in a military sense".

Gewiß drohte auch Deutschland der Ermattungsstrategie seiner Gegner zu erliegen. Konnte es doch nicht, wie sie, wichtige Bedarfsgüter aus Übersee beziehen. Und gerade die an sich großen Erfolge seiner Rüstungsproduktion nach 1916 führten zu immer ernsteren Funktionsstörungen der deutschen Volkswirtschaft insgesamt.

Doch die deutschen Armeen standen noch nach der Niederlage auf französischem Boden. Und ohne die militärische Intervention der Vereinigten Staaten, die eine Division nach der anderen an die Fronten warfen, die in dem Augenblick in den Krieg eintraten, als die Alliierten ihn zu verlieren drohten, hätten sie ihn wohl auch verloren - wie wahrscheinlich ebenso den Zweiten Weltkrieg. Jedenfalls veränderte erst der Kriegseintritt der USA das Kräfteverhältnis entscheidend. Er machte die Blockade gegen die Mittelmächte weltweit wirksam, auch China und lateinamerikanische Staaten erklärten jetzt Deutschland zumindest formal den Krieg.

Zwar waren die USA, versessen auf das große Geschäft, weniger vorbereitet, den Krieg zu führen, als darauf, jene, die ihn führten, zu schröpfen. Kriegsminister Newton D. Baker, wie sein Chef Pazifist, hatte nur ein stehendes Heer von allenfalls 300.000 Mann, Nationalgarde und Reserve eingeschlossen. Doch wie der Chef bezwang auch Baker seinen Abscheu vor jedem Militarismus. Schon im Mai 1917 verfügte man die Wehrpflicht, schon im Juni wurden zehn Millionen Mann gemustert. Und ... (im Juni) 1917 landeten die ersten Amerikaner unter John J. Pershing, dem Oberkommandierenden des Expeditionsheeres, in Europa. Der General hatte bereits Erfahrungen in Kuba gesammelt, auf den Philippinen, beim Raubkrieg in Mexiko. Und war sein Erscheinen gewiß auch noch keine materielle Hilfe, so doch eine starke "moralische".

Immer neue US-Einheiten wurden nach Frankreich verschifft, auf englisch-amerikanischen Truppentransportern, wovon infolge des hervorragenden Geleitschutzes angeblich nur zwei torpediert worden sind und nur ein einziges Schiff sank. Während der Offensive in der Champagne griffen bereits acht US-Divisionen ein.

Im September stürmte die Erste amerikanische Armee unter Pershings persönlichem Befehl die Höhe Saint-Mihiel, eroberte 443 Kanonen und machte 16.000 Gefangene. Und Ende 1918

beliefen sich die Expeditionstruppen auf mehr als zwei Millionen Mann, auf 42 Infanterie-Divisionen (die allerdings, um Zeit und Schiffsraum zu sparen, erst in Europa ausgerüstet worden sind). Insgesamt dienten im November 1918 fast 4.800.000 amerikanische Männer und Frauen in der Armee, und 24,2 Millionen hatte das Selective Service Act bereits im Mai 1918 für den Militärdienst erfaßt.

Wie entscheidend Amerikas Kriegseintritt war, zeigt auch die Versorgung Frankreichs mit Nahrungsmitteln. Seine Getreideernte fiel von ihrem Durchschnitt von 8,5 Millionen Tonnen in den unmittelbaren Vorkriegsjahren auf 3,1 Millionen Tonnen 1917. Einmal hatte selbst die französische Armee Getreidevorräte nur noch für zwei Tage. Die Zufuhr aus Übersee verhinderte die Katastrophe.

Bis November 1918 befördern alliierte Handelsschiffe nicht weniger als 4,4 Millionen Tonnen Nachschubgüter nach Frankreich. Selbst die französische Industrie, die eigentliche Waffenschmiede der Alliierten im Ersten Weltkrieg, geriet zeitweise "ins Stolpern", doch erhielt man knapp werdende kriegswichtige Güter von Großbritannien oder den Vereinigten Staaten. Gerade die Käufe in Übersee ermöglichten es den Franzosen, ihre eigenen Ressourcen in großem Umfang auf die Rüstungsproduktion und den Kampf an der Front zu konzentrieren. Fast alle Geschütze und Tanks der Expeditionstruppen stammten von den Franzosen, ebenso zehn Millionen 7,5-cm-Granaten und 4.791 von insgesamt 6.287 Flugzeugen.

Es ist klar, zu den größten Kriegsgewinnlern, neben den Finanziers, gehörte die Kriegsindustrie auf allen Seiten. Also hatte auch sie wohl, neben den Finanziers, das größte Interesse gehabt, den Kriegsausbruch zu betreiben. ...

Die Rüstungsfirmen haben die Kriegspolitik großgezogen und ihre eigenen Länder überredet, Kriegspolitik zu treiben und ihre Rüstungen zu steigern. Im In- und Ausland versuchten die Rüstungsfirmen Regierungsbeamte zu bestechen. Die Rüstungsfirmen haben Falschmeldungen über die Militär- und Marineprogramme verschiedener Länder verbreitet, um die Ausgaben für die Rüstung hochzutreiben. Durch Kontrolle der eigenen und ausländischen Zeitungen suchten die Rüstungsfirmen die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Die Rüstungsfirmen haben internationale Rüstungsringe organisiert, die den Rüstungswettstreit durch das Auspielen eines Landes gegen das andere förderten. Internationale Rüstungstrusts wurden organisiert, die die Preise für die Rüstungen erhöht haben.

In Frankreich übernahm schließlich statt des Kriegsministers das Rüstungsministerium unter Étienne Clémentel die Führung bei der Koordinierung der Kriegsproduktion. Eine ökonomische Kooperation zwischen Frankreich, England und Italien begann, die auch im Frieden das industrielle Übergewicht dieser Staaten über Deutschland sichern sollte.

Doch die USA fürchteten diesen entstehenden Wirtschaftsblock, und nach ihrem Eintritt in den Krieg mußte Clémentel seine Pläne mit Rücksicht auf den amerikanischen Argwohn und die amerikanische Industrie begraben.

Heil Wilson, dem Gerechten!

Am 8. Januar 1918 gab Wilson in einer Rede vor dem Kongreß sein berühmtes Vierzehn-Punkte-Programm für den Frieden bekannt. Es enthielt die Forderung öffentlicher Verhandlungen ohne Geheimverträge, allgemeine Grundsätze wie Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstung, Aufhebung wirtschaftlicher Barrieren, unparteiische Lösung des Kolonialproblems sowie gerechte und maßvolle Regelung territorialer Fragen. Am 11. Februar ergänzte der Präsident dieses Programm durch die "Four Principles", am 27. September durch die "Five Particulars", die wieder große Allgemeinheiten brachten. Beides sollte den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Mittelmächten begründen.

Bevor Deutschland 1918 aufgab, gelang es seiner Führung, den Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich auf der Grundlage der 14 Punkte und der "Prinzipien" Wilsons abzuschließen, was

auch Franzosen und Briten, mit drei unbedeutenden Einschränkungen akzeptierten.

Als Wilson am 5. Dezember 1918, labil, krank, doch hochgradig von sich überzeugt, an Bord des Riesendampfers George Washington unter Salutschüssen, begleitenden Flugzeugen das Flaggenmeer des New Yorker Hafens verließ, wartete Europa auf ihn wie auf einen Erlöser. Wo immer er dann einzog, in Paris, London, in Rom, überall erlebte er sagenhafte Triumphe, Ovationen der Massen, die sich da und dort zu Adorationen (Anbetungen) steigerten, geradezu hysterische Formen annahmen. In Polen grüßten einander Gebildete mit dem Ruf "Wilson!" In Italien entzündeten Bauern Opferkerzen vor seinem Bild. Und als er am 14. Dezember 1918, von Volksmassen umjubelt, die Champs-Élysées entlang fährt, überspannt ein großes Spruchband die Straße: "Heil Wilson, dem Gerechten!"

Woodrow Wilson, der 13 für seine Glückszahl hielt, war am 13. Dezember 1918, einem Freitag, auf französischem Boden gelandet. Ob in guter, in böser Absicht, wer weiß es. Wer weiß, ob er mit seiner Friedensordnung die Mittelmächte von Anfang an getäuscht, bewußt in Sicherheit gewogen, ob er ihr Vertrauen in den zu schließenden Vertrag arglistig erschlichen hat. Nach außen zumindest tat er, als ginge es ihm nicht um Vernichtung, nicht einmal um Sieg, hielt er doch an seiner Formel "Frieden ohne Sieg" anscheinend fest, an den hehrsten Zielen, den höchsten Idealen Amerikas.

Tatsächlich aber trat er nicht mehr dafür ein, nachdem der Gegner gefallen war. Ganz bewußt hatte das Deutsche Reich sein Waffenstillstandsgesuch nicht an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, sondern an den höchsten Repräsentanten der USA, der freilich in Paris jeder Kraftprobe, die er, wie die Dinge standen, hätte bestehen können und müssen, bald mehr und mehr aus dem Weg ging.

Dabei war der Schottenabkömmling, der Mann mit dem grobknochigen Kleppergesicht, dem angriffigen Kinn, der Mensch, von dem ein Freund meinte, Gott habe ihn häßlich geschaffen, aber er selbst sich ein gutes Aussehen gegeben, dabei war dieser Präsident doch sonst so selbstsicher, so von sich eingenommen, daß er in seinem intellektuellen Hochmut kaum zugänglich für andere Ansichten war, daß er keinen Widerspruch duldet und gern bemerkte: "Ein Yankee glaubt immer, daß er Recht hat, ein Schotte weiß, daß er Recht hat".

Ja, dieser Präsident hielt sich für so messiasgleich, daß Journalisten höhnten, er sei inmitten des Atlantiks vom Schiff in die Tiefe gesprungen, Begleitern, die ihn hindern wollten, zurend: "Er ist doch auch auf dem Meere gewandelt!" (Indes war Wilson nicht verrückt, wie ... Pius XL, der Verkünder der Päpstlichen Unfehlbarkeit, der nicht nur das Christuswort "Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben" auf sich angewandt, sondern 1870 durch den Zuruf an einen Krüppel "Stehe auf und gehe!", auch eine mißglückte Wunderheilung zu verzeichnen hatte).

Mündliche Auseinandersetzungen wurden den Deutschen verweigert, ihre schriftlichen Gegenvorschläge weitgehend abgelehnt. Wilson hatte wenigstens Verhandlungen im vollen Licht der Öffentlichkeit zugesagt – gleich der erste seiner 14 Punkte. ...

Entschieden aber wurde im geheimen Komitee der fünf Großmächte, gewöhnlich durch ihre Regierungschefs und Außenminister. Als sich Japan zurückzog, konferierten im Rat der Vier nur noch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando, wobei die letzten Entscheidungen zwischen Wilson und Clemenceau gefällt worden sind.

Man trieb also Geheimverhandlungen, Geheimpolitik, mit all den dabei üblichen faulen Kompromissen. Und der US-Präsident, nicht nur von den Massen abgöttisch verehrt, erwies sich jetzt als schwankendes Rohr, als unsicher, von auffallend langsamer Auffassungsgabe auch und schlecht unterrichtet.

Zwar verhinderte Wilson Deutschlands Zerstückelung durch Etablierung eines linksrheinischen Pufferstaates (womit der lebenslange Opportunist Konrad Adenauer durchaus einverstanden war); doch auch Lloyd George verwarf, wie Wilson, die von Frankreich geforderte

Abspaltung einer "Rheinischen Republik". Beide wollten unter keinen Umständen eine weitere Verstärkung Frankreichs, sondern Deutschland als Gegenspieler auf dem Kontinent.

Im übrigen aber machte Wilson Franzosen und Briten eine Konzession nach der anderen. Er war mit der Beschlagnahme des deutschen Auslandsguthabens (rund 10 Milliarden Goldmark) ebenso einverstanden wie mit der Überführung der saarländischen Kohlenbergwerke in französisches Eigentum. Und er billigte auch die Ausdehnung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtung von den zivilen Schäden auf alle Kriegskosten, was die dem Waffenstillstand vorangegangenen Vereinbarungen eindeutig verletzte.

Überhaupt hielt Wilson den Vertrag von Versailles zwar für hart, doch für gerecht. Dabei wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker völlig preisgegeben. Millionen Deutsche – kamen gegen ihren Willen – unter französische, tschechische, polnische Herrschaft.

Gelegentlich führte der Präsident später eine Entscheidung auf "ungenügendes Studium" zurück, wie seine Preisgabe Südtirols an Italien – wobei er nicht einmal den richtigen Namen des Brenner-Passes kannte: er sprach von der "Brunner-Grenze". Und Rastatt hielt er für einen rheinischen Brückenkopf. Und sogar Lille für "einen festen Platz am Rhein".

Überhaupt waren die Geographiekennntnisse der Yankees, was Europa (und darüber hinaus) betrifft, einfach stupend. Etwa gleich der des Mannes nach und neben Wilson: Außenminister Lansing (dem Wilson insgeheim grollte, so daß er ihm endlich - natürlich an einem 13., am 13. Februar 1920 - mitteilen ließ, daß "seine Resignation dem Präsidenten nicht unangenehm sein würde").

Doch wie der Chef von der "Brunner-Grenze" sprach, so Außenminister Lansing von "Heligoland" - "Heligoland to be ceded to Denmark ..."; ebenso übrigens wie ganz Schleswig-Holstein, obwohl die Dänen am Krieg doch gar nicht teilgenommen hatten und auch dankend auf die ihnen zugedachte große Beute verzichteten (Ein kleines, von Dänen bewohntes Stückchen genehmigten sie sich). Österreich hatte teilgenommen, freilich auf der "falschen" Seite - gleichwohl wollte es Außenminister Lansing generös auf die Schifffahrt von Rhein und Elbe anweisen.

Und Spitzbergen hielt er für deutsches Gebiet. Da durfte Chefberater Oberst House, die Graue Eminenz des Weißen Hauses, nicht zurückbleiben. Für ihn grenzte Mesopotamien an Ägypten, lag Anatolien am Bosphorus. Doch seien wir nachsichtig. Clemenceau, den Dingen ja so viel näher lebend, glaubte, die Bahnstrecke Köln - Paris führe durch Holland ...

Wer die Kenntnisse der (allermeisten) Politiker höher einschätzt als etwa ihre Moral, verdankt dies nur eigener Ignoranz. Vielleicht aber war, mancherlei spricht dafür, Wilsons Moral ursprünglich gar nicht so übel - wenn sich auch schwer vorstellen läßt, wie man mit einer intakten Moral Präsident werden, geschweige bleiben kann. ...

Wilson wand sich und log, als ihm in Paris Geheimverträge der Alliierten vorgelegt wurden, nichts davon gewußt zu haben. Wir wissen jedoch sicher durch das von Oberst House publizierte Material daß Wilson die Existenz der meisten Geheimverträge lange vor der Pariser Konferenz kannte. Als freilich am 19. August 1919 Senator Johnson vor dem Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten die Geheimverträge aufzählte, antwortete der Präsident auf die Frage, ob er "irgendeine Kenntnis" von den Geheimverträgen vor der Konferenz gehabt habe: "No, Sir. Ich kann zuversichtlich Nein sagen was mich anbelangt."

Die Alliierten aber dachten nicht daran, Wilsons Programm einzuhalten, wozu sie sich ihrer schlechten militärischen Lage wegen bereiterklärt hatten - für Deutschland die Voraussetzung des Waffenstillstands. Jetzt gierten die Sieger nur nach Beute, am meisten die "Tiger" Clemenceau und Lloyd George, der am 14. Dezember unter der Parole "Hängt den Kaiser und laßt die Deutschen die Kosten des Krieges zahlen" einen überwältigenden Wahlsieg errang.

Mit Deutschland wurde 1919 nicht einmal verhandelt. Man präsentierte am 28. Juni - dem Jahrestag von Sarajewo - im Spiegelsaal von Versailles einfach den fertigen Vertrag. Und der

war ein rückhaltloser Bruch des Waffenstillstandsabkommens.

Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, der Führer der deutschen Delegation in Versailles, verweigerte seine Unterschrift und demissionierte. Johann Giesberts, Reichsminister seit 1919, rief beim Lesen der langen Anklageschrift: "Dieser schamlose Vertrag, ... ich habe bis heute an Wilson geglaubt. Ich hielt ihn für einen Ehrenmann und jetzt schickt uns dieser Schurke einen solchen Vertrag".

Und selbst der Retter, der Heiland, der Jesus Christus nicht nur öffentlich zu kritisieren, sondern der auch zu sagen vermochte, wie man es besser machen könnte als er, selbst Wilson, der pathetische Schwächling, gestand nun in vertrautem Kreis, als Deutscher würde er den Vertrag nicht unterschrieben haben: "If I were a German, I think, I should never sign it."

Als der Präsident aber nach seiner Rückkehr dem Senat den Vertrag darstellte, sagte er in seiner salbungsvollen Art: "Die Bühne ist aufgebaut, das Schicksal enthüllt. Nicht wir haben diesen Plan gemacht; Gottes Hand hat uns den Weg gewiesen" ...

Von Wilson bis Roosevelt oder: Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg

... *"The Roaring Twenties"*

Obwohl die USA als maßgebliche Weltmacht aus dem Krieg hervorgehen, haben sie während des ganzen folgenden Jahrzehnts kaum weltpolitische Ambitionen. Der Isolationismus herrscht vor, der Protektionismus. Man erhöht zugunsten der Industrie kräftig die Zolltarife und begrenzt die Einwanderung. Man sucht weder mit dem Völkerbund noch mit der Sowjetunion Kontakte. Ja, der neue Präsident Harding versichert bei seiner Amtseinführung, die USA wollten "keinen Anteil an der Lenkung der Geschicke der Welt ..."

Das Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg, "the Roaring Twenties", war in den USA einerseits eine Zeit der satten Selbstzufriedenheit und kruden Prosperität. Subventionen überschwemmten die heimische Wirtschaft. Die Banken florierten, gewährten Kredite, "liberty bonds". Spekulationen begannen, die Preise stiegen steil, und die Verteuerung traf natürlich am härtesten die Arbeiter und die Armen. Andererseits waren diese Jahre, bedingt teils durch Umstellungsprobleme der Friedenswirtschaft, teils durch das Wachstum, die Verschlingungssucht geradezu der Konzerne, eine Epoche der Arbeitskämpfe, der Arbeitslosigkeit, der Preistreibereien und Korruptionsskandale. Die Werftarbeiter, die Stahlarbeiter, die Kohlenkumpel streikten noch 1919. Denn die Kriegsgewinne hatte natürlich nur eine verschwindend kleine Schicht gemacht - 1914 gab es 4.500 Dollar-Millionäre in den USA, 1920 waren es 11.000 -, die Masse besaß so wenig wie vor dem Krieg.

Der Wirtschaft aber ging es - einige weniger begünstigte Zweige (Textilindustrie, Kohlebergbau, Schiffbau) beiseite - glänzend. In den meisten Geschäftsbereichen herrschte Konjunktur, auch in den Banken, Versicherungen, Warenhausgesellschaften. Die Industrieproduktion verdoppelte sich fast zwischen 1921 und 1929 - alles andere als wunderbar.

Während des vierjährigen Blutbads in Europa hatte man enorm verdient, doppelt verdient sozusagen, ganz legal und illegal dazu, hatte das US-Kriegsministerium doch 18.501.117.899 Dollar für Rüstungsaufträge gezahlt und war dabei auch noch um sechs Milliarden von der US-Geschäftswelt geprellt worden. Im Prozeß aber, der vier Jahre dauerte, gingen alle Angeklagten straffrei aus. Steckten ja die größten Firmen mit in dem Riesenbetrug. Und so mokierte sich Senator George W. Norris: "Warum bringen wir eigentlich kein Gesetz heraus, wonach jeder, der über mehr als hundert Millionen Dollar verfügt, nicht verurteilt werden kann?"

Doch der Staat hatte längst nicht mehr die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft den Staat in der Hand, was vieles zeigt, nicht nur die Ohnmacht der Justiz. Obwohl zum Beispiel die behördliche Lenkung der Wirtschaft, eine Art Staatssozialismus, während des Krieges florierte, wollten die maßgeblichen Industriekreise nun nichts mehr davon wissen. Vergebens versuchte der Präsident, das War Industry Board als Industrial Board beizubehalten. Die Herren, die so

selbstlos für einen Dollar pro Jahr im Kriegsindustrieamt die Millionen und Milliarden verteilt hatten, wollten nun keine Wirtschaftskontrolle mehr. Sie wollten zu Hause wieder auf die alte Weise wirtschaften. Und das taten sich auch: der Präsident mußte klein begeben. ...

Amerikas rührende Fürsorge für Deutschland

Die Amerikaner schätzten uns richtig ein durch das ganze Jahrhundert. Sie wußten auf die Deutschen ist Verlaß. Erst konnten sie die Nation 1917/18 kaputtschießen, danach, in den goldenen zwanziger, den braunen dreißiger Jahren, sie wieder auferstehen lassen, in den vierziger Jahren ihr erneut den Rest geben, recht kräftig sogar und endlich in den fünfziger Jahren sie abermals aufrüsten – ein wahrhaft wundervolles Geschäft, das Geschäft des Jahrtausends.

... Im ... Jahr (1924) ist es bezeichnenderweise ein Bankier, Charles G. Dawes, der (in dem seinen Namen tragenden Plan) für eine Reorganisation der Deutschen Reichsbank und die Stabilisierung der deutschen Währung eintritt durch eine Anleihe von nicht weniger als 800 Millionen Goldmark.

Eine mildtätige Aktion? Ein karitativer Anflug? Ein Samariterdienst? Nun, man brauchte eine gewisse wirtschaftliche Gesundung, eine aktive Handelsbilanz, um weitere Reparationsleistungen zu bekommen, um Deutschland auch künftig auspowern zu können.

Dabei mußte es auf die endgültige Festsetzung der Höhe der Reparationen freilich verzichten. Doch ermöglichte die gewaltige Geldspritze die Rückkehr der deutschen Währung zum Goldstandard. Und da die deutsche Wirtschaft nun wieder in Schwung kommt, die deutsche Tüchtigkeit floriert, der innerdeutsche Markt sich förmlich bläht, zieht die erste Anleihe die nächste nach sich, dann immer neue mit hohen Zinssätzen natürlich, auch für langfristige Projekte, und bald sind die ausländischen, meist US-Anleihen auf 16 Milliarden geklettert.

Hatte Arthur Rosenberg, der marxistische Historiker, so unrecht, als er schrieb, Deutschland sei damals zu einer Kolonie der New Yorker Börse geworden? Jedenfalls wuchs Deutschlands Verschuldung infolge dieser Kredite immer mehr.

Dabei aber blieb es nicht. Man kam den Deutschen noch weiter entgegen durch eine Revision des Dawes-Planes, im sogenannten Young-Plan, benannt wiederum nach einem amerikanischen Finanzmagnaten, dem Industriellen und Direktor der New Yorker Federal Reserve Bank, Owen D. Young. Man reduzierte die deutschen Reparationszahlungen im Jahr 1929 auf 37 jährliche Zahlungen in Höhe von 2,05 Milliarden Reichsmark, danach noch auf 22 Jahresraten bis 1988 in Höhe von 1,65 Milliarden Reichsmark. Und zur Sicherung der Interessen des internationalen Finanzkapitals, besonders des amerikanischen, gründete man in Basel die "Bank für internationalen Zahlungsausgleich".

Freilich erwies sich auch der Young-Plan rasch als undurchführbar. So sah bereits das Hoover-Moratorium vom 20. Juni 1931, angeregt durch den Präsidenten Hoover, eine vorübergehende Schuldensistierung vor, eine einjährige Aussetzung interallierter Kriegsschulden und Reparationszahlungen im Interesse der US-Bankiers, die um die Sicherheit ihrer Investitionen in Deutschland bangten. Nicht genug. Im Juni/Juli 1932, ein halbes Jahr vor Hitlers Machtantritt, streicht man auf der Konferenz von Lausanne mehr als 90 % der noch im Young-Plan geforderten Zahlungen.

Nun war das Motiv für all diese ja in nur wenigen Jahren Deutschland gewährten Milliarden-Kredite selbstverständlich nichts als politische und vor allem wirtschaftliche Spekulation, nichts als nackte Profitsucht. Ausschließlich deshalb versuchte man den ruinierten Weltkriegsgegner vor einer zu starken Schwächung (zugunsten Frankreichs), vor dem völligen finanziellen Fiasko, aber auch vor einer drohenden sozialistischen Revolution zu retten.

Eine gewisse Stärke Deutschlands, wirtschaftlich und sogar militärisch, hatte gerade Präsident Wilson seit der deutschen Niederlage angestrebt. Und länger als ein Jahrzehnt wurde diese "amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland" (Werner Linke) fortgesetzt. Noch 1931

sagte Außenminister Henry Stimson zu Präsident Hoover, daß "wir fest an die Situation Deutschlands gebunden sind".

Sofort nach dem Waffenstillstand begannen amerikanische Militärbeauftragte, "ein sehr enges und sogar herzliches Verhältnis zur deutschen Reichswehr aufzubauen, die uneingeschränkt pro-amerikanisch zu sein schien." Ebenfalls engagierten sich alsbald amerikanische Geschäftsleute in der Weimarer Republik und bauten "systematisch ihren Anteil an der deutschen Wirtschaft aus", durch Kredite, durch Fusionen. Und indem Amerika Deutschland stabilisieren half, "steigerte es natürlich dessen militärische Möglichkeiten" (Klaus Schwabe).

Der ganze Geldfluß kam, gewollt oder nicht, auch der insgeheim betriebenen Wiederaufrüstung zugute. Denn schon lange vor Hitlers Machtergreifung war diese Wiederaufrüstung geplant, hatte das Militär projektiert, die Armee von sieben auf 21 Divisionen zu erweitern. Das dürfte den USA schwerlich unbekannt geblieben sein, zumal man es schon Ende der zwanziger Jahre relativ weit gebracht hatte. Von 8 1/3 Millionen Reichsmark Gesamtausgaben des Deutschen Reiches (abzüglich der Überweisungen an die Länder) entfielen bereits 1928/29 nicht weniger als 63,5 % zur Deckung der Folgen des letzten Krieges und zur Vorbereitung eines neuen, nämlich 5 1/3 Milliarden RM; während aus den restlichen 3 Milliarden RM sämtliche andere Ausgaben bestritten werden mußten.

Wenn sich Hitler 1931 von dem katholischen Reichskanzler Heinrich Brüning "tief beeindruckt" zeigte, so offenbar nicht wegen seines Glaubens, sondern wegen seines enormen Rüstungsprogramms. Betrieb der katholische Kanzler, ein im Weltkrieg mehrfach ausgezeichnete Infanterieoffizier, doch insgeheim die deutsche Wiederbewaffnung, besonders die Förderung der Luftstreitkräfte. Die "Luftfahrtabteilung" seines Verkehrsministeriums leitete jener Hauptmann Brandenburg, der ein Jahrzehnt später maßgebend an der Leitung der Fliegerangriffe auf London beteiligt war. Flugzeugfirmen wie Junkers und Heinkel wurden bereits stark staatlich subventioniert. Militärflieger in 44 illegalen Ausbildungslagern geschult, und in den Tresoren lagen detaillierte Pläne für die Bombardierung von London, Paris und der Maginotlinie.

Die Staatsausgaben des Deutschen Reiches für Kriegsfolgen und Kriegsvorbereitungen betragen damals, beispielsweise, das Hundertfache seiner Ausgaben für Bildung! Denn warum Leute bilden lassen, die man doch wieder (und immer wieder!) abschlachten läßt? Oder anders gesagt: Würden sich Menschen für Hasardeure und Gangster noch umbringen lassen, wären sie gebildet? Kritisch aufgeklärt?

Das Verfassungs- und Außenpolitische Ziel des katholischen Zentrumskanzlers Brüning war weniger Erhaltung der Demokratie als vielmehr die Wiederherstellung der Monarchie, und zwar in ihrer alten Machtfülle; nicht nur militärische Gleichberechtigung Deutschlands, sondern, visionäre Endziele freilich vorerst, Revision der deutschen Ostgrenze, vielleicht gar eines Tages, als Erbe der einstigen Donaumonarchie, die Führung Südosteuropas. "Diese Außenpolitik hat zur innerpolitischen Faschisierung Deutschlands, wenngleich ungewollt, einen kräftigen Beitrag geleistet, die internationalen Voraussetzungen für ein Kabinett Hitler geschaffen und die ersten außenpolitischen Schritte des nationalsozialistischen Deutschland ermöglicht" (H. Graml).

Nun wurde Deutschland aber nicht nur offiziell von den Vereinigten Staaten unterstützt. Es gab eine zusätzliche inoffizielle, eine geheime Unterstützung, von der die deutsche Öffentlichkeit - und nicht nur sie - bis heute nichts ahnt. Diese Unterstützung leistete die internationale Hochfinanz, ganz besonders die der USA.

Die Wallstreet kauft Hitler

Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine

Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist. Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat (die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche Heeresverwaltung).

Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?

So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.

Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zutreffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.

"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert; und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".

Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O.M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".

Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege (mit), einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld.

Die etablierte Geschichtsschreibung, die mitunter so überheblich wie unlauter auf Objektivität insistiert, vernachlässigt noch immer gerade die wirtschaftlichen Komponenten im globalen Beziehungsgeflecht, die ökonomischen Faktoren als bestimmende Antriebskräfte, und spart die Manipulationen des multinationalen Geldgesindels gewöhnlich gänzlich aus. Sie dient meist mehr der Verschleierung geschichtsentscheidender Züge als deren Aufdeckung, dient mehr den herrschenden Strömungen und Potentaten als der echten Kritik.

Man denke doch nur an die deutsche Geschichtswissenschaft dieses Jahrhunderts! ...

Hitlers inländische Unterstützungen reichten in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bei weitem nicht aus, auch nicht die Gelder, die für ihn der Bankier und spätere Parteigenosse SS-Brigadeführer Freiherr von Schröder und die Ruhrindustrie natürlich zu ihren Gunsten mobilisierten.

Auch ein weiterer Großkapitalist wurde zur Rettung Deutschlands aktiv. 1929 appellierte Alfred Hugenberg in einem Rundschreiben an 3.000 US-Millionäre, das drohende Chaos in Deutschland abzuwenden. Bis 1918 Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, dann eigener Konzernchef, eine Art Axel Springer der Weimarer Republik, kooperierte Hugenberg zeitweise eng mit Hitler, wurde 1933 Reichswirtschafts- und -ernährungsminister und blieb, bald zurückgetreten, bis 1945 Mitglied des Reichstags.

In seinem Brief an die US-Millionäre beschwor der Konzernherr bereits die Gefahr eines Krieges mit der Sowjetunion und machte klar, offenbar eigentliches Ziel der Agitation, daß man Geld brauchte für eine Partei, die wieder aufrüste. Er schloß seinen Appell: "Unsere Sache ist die Ihre".

Hugenbergs Aufruf verhallte jenseits des Atlantik nicht ungehört. Es war das Jahr der heraufziehenden großen Wirtschaftspanik, die US-Stahlkonzerne lagen darnieder. Wie hätte da nicht das mit einer deutschen Aufrüstung verbundene Geschäft verlocken sollen! Zwar hatte die Weimarer Republik die Remilitarisierung bereits eingeleitet, doch im großen Stil konnte man dies wohl erst von dem Heil- und Siegbringer aus Braunau erhoffen.

Daß Hitler die Mittel für seine äußerst intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren weder aus den Beiträgen seiner Genossen noch von den Geldern der deutschen Industrie bestreiten konnte, hatten aufmerksame Beobachter bemerkt. Diese Finanzquellen waren nach Feststellungen der Preußischen Polizei im Sommer 1930 stark zurückgegangen. Doch gab es neben der Parteikasse noch einen Geheimfonds, und amtliche Stellen Berlins hatten auch Hitlers Finanzierung durch ausländische Geldgeber längst registriert.

Daß der deutsche "Führer" käuflich war, ist früh bekannt gewesen. Schon ein Prozeß im Sommer 1923 wegen der NSDAP-Finanzierung hatte ergeben, daß der Partei dreimal große Geldbeträge aus dem Saargebiet über die Deutsche Bank zugegangen waren. Nach Überzeugung des Gerichts stammten sie von amerikanischer Seite, dem Großindustriellen Henry Ford, der lebhaft eine deutsche Aufrüstung wünschte.

Agenten des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing (zwischen 1928 und 1930 Reichsinnenminister) hatten seit 1929 aber auch Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon beobachtet, Verhandlungen, die dort bis 1933 stattfanden. (Das Resultat dieser Untersuchungen gelangte später ins "Abegg-Archiv" in Zürich, wo es allerdings nicht mehr ist.)

Severing beauftragte Ende 1931 seinen Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachforschungen über Hitlers Vorleben und seine ausländischen Finanzquellen. Dabei ergab sich, das Geld für die aufwendige Nazipropaganda stammte "nur aus dem Ausland, insbesondere aus den USA". - Übrigens hatte Hitler auch einen großen Teil der Waffen für SA und SS nicht von der Reichswehr, sondern vom Ausland erhalten.

An den Konferenzen im Hotel Adlon waren beteiligt: "Bankier Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz. Auf deutscher Seite haben an den Verhandlungen teilgenommen Hitler, Göring, Georg Strasser, von Heydt, ein Berliner Rechtsanwalt L. ..."

Was aber bestimmte Warburg, den Treuhänder von Kuhn, Loeb & Co., von demselben Bankhaus also, das 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatte, nun Hitler zu finanzieren, und zwar mit der beträchtlichen Summe von 32 Millionen Dollar, 128 Millionen Reichsmark (60, 40 und 28 Millionen), die getarnt über verschiedene Banken, die Banca d'Italia, Rom, die Bank Mendelson & Co., Amsterdam u.a., in Hitlers Hand gelangten?

Nicht nur darüber hinterließ Unterhändler Warburg selbst Aufzeichnungen. Daraus ergibt sich, daß die US-Hochfinanz 1929 an ausländische Regierungen und Private Forderungen von etwa 85 Milliarden Dollar hatte, und daß sie, wie die US-Regierungen, den Frankreich zu sehr begünstigenden Versailler Vertrag mißbilligte.

Frankreich nämlich bestand auf Reparationen in Gold, nicht in Natura, und alle Deutschland-Kredite der USA seien über die Reparationen Frankreich zugute gekommen. Nur wenn es keine Reparationen mehr erhalte, könnten sich Deutschland und auch die USA wieder erholen. Zudem fürchteten die Amerikaner die seit dem Rapallo-Vertrag, dieser antiwestlichen Demonstration, sich entwickelnde Ost-Orientierung Deutschlands, dessen politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, ja, sie befürchteten einen bolschewistischen Umsturz im Land. Und während Frankreich aus Sicherheitsgründen ein schwaches Deutschland wünschte, wollten die USA ein starkes - wie nach 1945 wieder!

Bei Beratungen der Präsidenten der "Federal Reserve" Banken, des eigentlichen Finanzzentrums der Wallstreet, der fünf unabhängigen Banken, Vertreter der Royal Dutch, der Standard Oil, Rockefeller jun. u.a. im Sommer 1929 wurde Warburg schließlich gebeten zu prüfen, ob Hitler für amerikanisches Geld zugänglich sei. Als Gegenleistung hätte dieser gegenüber Frankreich eine aggressive Außenpolitik einzuleiten, sollte aber "in die wirklichen Motive der amerikanischen Unterstützung nicht eingeweiht werden".

Hitler seinerseits habe bei den Verhandlungen in Berlin betont, "daß er mit den Arbeitslosen alles machen könne, wenn er ihnen nur Uniformen und Verpflegung gebe ... Auf diese Weise werde er Frankreich schon klein bekommen ... Alles hänge vom Geld ab ... Die USA-Hochfinanz habe doch sicher ein Interesse daran, daß er, Hitler, an die Macht komme, denn sonst hätte sie ihm nicht bereits 10 Millionen Dollar übergeben ... Wenn er von der USA-Hochfinanz 500 Millionen Mark erhalte, sei er in sechs Monaten fertig."

Hitler habe auch die Kommunisten als erledigt bezeichnet und erklärt, er werde nun die Sozialdemokraten ausschalten, durch Wahlen oder mit Gewalt. Eventuell komme noch eine Verhaftung von Hindenburg, Schleicher, Papen, Brüning in Betracht, aber alles koste Geld, und das bisher aus den USA erhaltene sei verbraucht.

Kurz vor Hitlers überraschendem Wahlsieg 1930, errungen mit einem für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Propaganda-Aufwand, war das große Geld aus dem Ausland gekommen und floß weiter bis zu seiner Machtübernahme 1933. Die Summe von Kuhn, Loeb & Co., die ihm zwischen 1929 und 1933 den Weg zur Macht ebnete, war zwar sehr stattlich, doch nicht überdimensional, spielte aber die Rolle des "Züngleins an der Waage". Die Wallstreet-Bankiers hatten gut kalkuliert, nicht mehr gegeben als nötig, doch genau so viel. Sind sie ja wohl einem Mann wie Hitler, der das ihm wirklich Zugesagte kaum ahnen konnte, geistig weit überlegen gewesen, jedenfalls mehr als charakterlich.

Informiert über die Recherchen Abeggs waren zunächst Reichskanzler Brüning und General von Schleicher, seit 1929 Chef des neu errichteten Ministeramts im Reichswehrministerium und am 2. Dezember 1932 selber Reichskanzler.

Als sich Abegg dann im Frühjahr 1933 in die Schweiz absetzte, beschlagnahmte die SS bei einer Durchsuchung seiner Wohnung das Dossier Hitler. Das Duplikat sollte sie ein Jahr später bei einer Durchsuchung des Hauses von General Schleicher sicherstellen; der General, ein intimer Kenner von Hitlers Auslandsfinanzierung, und seine Frau wurden bei dieser Gelegenheit im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet. Ebenfalls beseitigte man seinerzeit einen weiteren Mitwisser von Hitlers geheimen Geldquellen, Georg Strasser, der innerhalb der NSDAP antikapitalistische Ideen vertrat und als Führer der sozialistischen Opposition galt. Hitler hatte ihn gleichwohl 1925 zum Reichsorganisationsleiter der Partei ernannt, deren Finanzierung sowohl Strasser wie Schleicher genau bekannt war.

Selbstverständlich standen die Hitler so verhängnisvoll fördernden ausländischen Geldgeber

nicht vor dem Nürnberger Tribunal. Selbstverständlich wurden die Dokumente des Abegg-Archives beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nicht zugelassen. Das heikle Thema der Hitler-Unterstützung durch die großen Finanzmächte der USA durfte unter keinen Umständen auch nur erwähnt werden. Als es der zunächst länger mit Hitler kooperierende Bankier und Politiker Hjalmar Schacht, bis 1937 Reichswirtschaftsminister, bis 1939 Reichsbankpräsident, zur Sprache bringen wollte, wurde er rasch zum Schweigen gebracht.

"Als Schacht", meldete die "Neue Zürcher Zeitung" am 2. Mai 1946, "wiederum auf die Haltung ausländischer Mächte gegenüber der Nazi-Regierung und auf die Hilfe, die sie ihr ange-deihen ließen, zu sprechen kam, entschied der Gerichtshof, daß diese Dinge mit der Sache nichts zu tun hätten und daher unzulässig seien ..."

Es ist auffallend, daß damals die Sowjetunion nicht auf Offenlegung des Sachverhalts bestand.

Sollte dies wirklich darauf zurückzuführen sein, daß Hitlers Förderung durch die westliche Hochfinanz "auch im Interesse des neozaristischen Staatskapitalismus", das "kommunistische" Moskau nur "ein Zweigbetrieb der Wallstreet" gewesen sei, der Weltöffentlichkeit bloß durch permanente ideologische Scheingefechte verschleiert?

Hitlers Bezahlung durch das Bankhaus Warburg und das amerikanische Großkapital thematisierte auch das 1933 von Van Holkema & Warendorf, Amsterdam, unter dem Namen von Sidney Warburg verlegte Buch "De Geldbronnen van het Nationaal-Socialisme. Drie gespreken met Hitler door Sidney Warburg".

Doch wurde das Buch kurz nach der Publikation vom Verlag aus dem Handel gezogen bzw. zurückgekauft, und zwar durch einen Amsterdamer Rechtsanwalt, offensichtlich im Auftrag der Warburgfamilie, ohne daß man natürlich alle Exemplare wieder bekommen konnte. (Zwei Bände gelangten in die Hände des österreichischen Gesandten von Alexis in Den Haag.)

Gegen die baden-württembergische Deutsche Gemeinschaft, die 1950 beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler-Wahlen von 1930 bis 1933 veröffentlicht hatte, wurde prozessiert. Diesen Prozeß, doch eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber zu einer Zeit, da die Remilitarisierung Deutschlands schon eingeleitet war.

Nun gab es aber weitere amerikanische Banken, die Hitler finanzierten, sogar noch viel höher, obwohl auch darüber fast nichts durchgesickert ist.

John Foster Dulles – eine Milliarde für den "Führer"

Schon im Oktober 1944 hatte US-Senator Claude Pepper, Florida, geäußert, zu jenen, die Hitler zur Macht verhalfen, habe auch John Foster Dulles gehört, "denn es waren Dulles' Firma und die Schroeder-Bank, die Hitler das Geld beschafften, das er benötigte, um seine Laufbahn als internationaler Bandit anzutreten".

Erstaunt es, daß ausgerechnet John Foster Dulles sich derart engagierte, der nachmalige US-Außenminister und Adenauer-Freund?

Doch war damals, 1932/33, nicht auch Adenauer selbst dafür eingetreten, daß die Hitlerpartei "unbedingt führend an der Regierung vertreten" sein müsse?

Er war.

Und agitierte dafür nicht mit aller Kraft auch Adenauers Glaubens- und Parteigenosse Franz von Papen, der baldige Stellvertreter Hitlers und Päpstliche Kammerherr?

Er agitierte.

Und Papen kannte natürlich auch den Bankier und Parteigenossen Baron Schroeder, der seinerseits wieder nicht nur mit Hitlers Wirtschaftsberater Keppler in ständiger Verbindung stand, sondern zugleich auch mit einem amerikanischen Banken-Konzern, den John Foster Dulles juristisch beriet. Nach US-Presseberichten nahm Dulles auch an jener, so Papen später,

"nun geschichtlich gewordenen Unterredung" im Hause von Schroeder teil, bei der, wie man annehmen darf, Papen Hitler die Unterstützung des Papstes zugesichert hat.

Die New York Times berichtet im Januar 1933 über den Dulles-Besuch in Köln und erinnert noch einmal am 11. November 1944 daran. Beide Artikel sollen aber aus den amerikanischen Bibliotheken verschwunden sein. Auch der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, William E. Dodd, notiert in seinem Tagebuch, daß die von Dulles vertretenen Banken schon Ende 1933 Deutschland Anleihen im Wert von einer Milliarde Dollar gewährt hatten.

Auf diese Zusammenhänge machte ich in mehreren Artikeln aufmerksam. Dazu schrieb mir ein junger Politologe:

"Meine eigenen Nachforschungen geben Ihnen Recht. Ich schreibe gegenwärtig eine Dissertation über das Thema eines Weltbürgerkrieges von 1939-45, der mit einer neuen Siegeridentität für die Deutschen endete. Seit 1945 gibt es im Westen Deutschlands befreite Demokraten, im Osten befreite Sozialisten.

Aber wo bleiben die besiegten Deutschen?

In der Erforschung der Großlage stieß ich auf die obige Stelle in Ihrem Artikel. Das bringt mich zur eigentlichen Frage an Sie:

Ist es möglich, von Ihnen eine unzensurierte Fotokopie oder das genaue Datum und Titel der NYT Artikel im Januar 1933, sowie die Überschrift des Artikels vom 11. November 1944 zu erhalten?

Die NYT aus diesen Jahren ist bei den mir zur Verfügung stehenden Quellen auf Mikrofilm gespeichert. An der Universität von Kalifornien in Los Angeles faßte ich die Kopien aus. Erstaunlicherweise, die Ausgabe vom 11. November 1944 ist ganze 14 Seiten kürzer, von normalen 40 Seiten schrumpfte die Kopie auf dem Film auf 26 zusammen. Meine Fragen an die Bibliothekare wurden nur mit ungläubigem Achselzucken beantwortet.

Die Januar 1933-Ausgaben enthalten keine Angaben über den angeblichen Besuch Dulles' bei Schroeder; auch hier griff jemand vorsätzlich zur Schnittschere. Man schlug dann vor, daß ich die besagten Artikel aus dem Ausland beziehe, bevor ich mich zwecks einer Erklärung und Vergleich an die NYT wende. Weiter erfuhr ich, daß die Mikrofilmkopien in Michigan durch Ann Arbor hergestellt werden, eine der wenigen Zentralstellen, wo möglich direkter Einfluß und Zensur von Washington ausgeübt werden konnte.

Es ist durchaus denkbar, daß in den Jahren nach dem Krieg gewisse Informationen verschwanden, waren (und sind) doch bestimmte Gruppen in den USA an einem ganz bestimmten historischen (Zerr)Bild Deutschlands interessiert."

Die Fürsorge des amerikanischen Großkapitals für Hitler dauerte sogar nach Jahren seiner Terrorherrschaft noch fort. Und natürlich hatte man längst in diese Fürsorge auch die italienischen Faschisten eingeschlossen, hatte etwa J. P. Morgan & Co. Mussolini schon in den zwanziger Jahren Kredite und Anleihen im Wert von 100 Millionen Dollar gegeben. Warum auch nicht – wenn Mussolinis damaliger Bundesgenosse, Papst Pius XI., der ihn schon mit an die Macht gebracht und diese dann wie keiner sonst gefestigt hatte, doch auch mit Morgan verbunden war?!

Denn soweit der größere Teil der vatikanischen Milliarden nicht bei der Crédit Suisse, Zürich, steckte, hatte man sie beim Bankhaus in New York deponiert, dessen nicht-katholischem Oberhaupt John P. Morgan, Papst Pius XI. denn auch für all seine Verdienste 1938, ein Jahr vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, einen hohen päpstlichen Orden verlieh. Derselbe Papst, der auch Hitler die Diktatur ermöglichte, da er von ihm, wiederholt erklärt, die Zerstörung des Kommunismus und Bolschewismus erwartete, was ohne Krieg nicht möglich war.

... Amerikanische Banken, darunter besonders Morgan und Dillon, Read, hofften seinerzeit auf einen Krieg Hitlers gegen Rußland und waren bereit, ihn dafür zu finanzieren. ...<<